

# **PROGRAMM-ENTWURF**

## **GRÜNE IN DEN BAYERISCHEN BEZIRKEN**

## Inhalt

Wenig bekannt, aber sehr wichtig — Die Bayerischen Bezirke .....	4
Potentiale sehen — Inklusion und Teilhabe.....	5
Bürokratieabbau - Antragsverfahren, Bedarf und Leistungsanspruch .....	5
Wohnen – Wie es Euch gefällt.....	5
Potentiale erkennen, Chancen nutzen — Arbeitsleben neu betrachtet.....	6
Freizeit, Sport, politische Teilhabe – Barrieren: NEIN DANKE! .....	6
Mobilität — Dabei sein ist alles .....	7
Fit für die Zukunft — Lebenslanges Lernen und Jugendhilfe .....	7
Krisen gehören zum Leben — Seelische Gesundheit .....	8
Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen .....	8
Geld richtig steuern – Sicherheit für unser Gesundheitssystem.....	9
Weil Klatschen allein nicht reicht — Gute Pflege in den Bezirken .....	10
Bildung & Kultur .....	11
Kulturförderung.....	11
Denkmalpflege.....	11
Erinnerungskultur .....	11
Kulturelle Bildung .....	12
Jugendarbeit und Jugendpolitik .....	12
Ökologie und Nachhaltigkeit .....	14
Klimaschutz und Klimaschutzmanagement.....	14
Kliniken.....	14
Liegenschaften und Gebäude .....	14
Energieeffizienz und Erneuerbare Energien .....	14
Stromerzeugung.....	14

Förderung von Einrichtungen .....	15
Mobilität.....	15
Ökologische Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bildung .....	15
Fischerei und Fischwirtschaft .....	15
Europa und Internationales.....	16
Partnerschaften – das Salz in der Suppe .....	16
Finanzen und Strukturen .....	17
Ohne Moos nix los .....	17
10% der FAG-Mittel für die Bezirke .....	17
Strukturreform.....	17
Mut zur Klage.....	17
Digitalisierung.....	17
Transparenz .....	18

*Hinweise zum Programm-Entwurf:*

*Es handelt sich hier um einen grünen Programm-Entwurf für alle bayerischen Bezirke. Angelehnt an das Landtagswahlprogramm wollen wir bezirksspezifische Themen und Vorhaben auf Ebene der einzelnen Bezirke in Projektideen formulieren, die an die Kapitel bzw. Unterkapitel angefügt werden.*

*An vielen Stellen stehen Fachbegriffe, die noch gesondert Erläutert werden. Im der Druckversion wollen wir dafür Infokästen gestalten oder ein Glossar erstellen.*

## Wenig bekannt, aber sehr wichtig — Die Bayerischen Bezirke

Am 8. Oktober 2023 haben Sie die Wahl. Neben den Landtagswahlen stehen auch die Wahlen für „Ihr Sozialparlament“, den Bezirkstag von XXX an.

Bayern ist ein Land mit hoher Lebensqualität.

Wir schaffen Strukturen, die allen Menschen eine Teilhabe an der Gesellschaft und der hohen Lebensqualität in Bayern ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine inklusive Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die Barrieren überwindet und die Teilhabe **aller** garantiert.

Wir setzen uns ein!

- Für die konsequente Umsetzung der in der UN-Behindertenrechtskonvention garantierten Rechte für Menschen mit Behinderung.
- Für eine menschenwürdige Pflege und eine angemessene Grundsicherung im Alter.
- Für eine bessere psychiatrische und neurologische Versorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.
- Für eine gleichberechtigte Versorgung von Geflüchteten mit besonderem Hilfebedarf.
- Für die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zum Klimaschutz in sozialen Einrichtungen, Kliniken und der Verwaltung.
- Für eine Finanzreform, um die Bezirksaufgaben angemessen zu finanzieren.

## Potentiale sehen — Inklusion und Teilhabe

Wir GRÜNE sehen Vielfalt als Reichtum. Inklusion ist ein Gewinn für alle. Durch gesellschaftliche Normen können jedoch Hindernisse entstehen, die Teile der Gesellschaft ausschließen. Wir wünschen uns einen Wechsel der Perspektive hin zu einer vielfältigen Gesellschaft, die Arbeit, Kultur, Wirtschaft und Freizeit inklusiv gestaltet; dabei haben Selbstbestimmung und ein solidarisches Miteinander für uns oberste Priorität.

### Bürokratieabbau - Antragsverfahren, Bedarf und Leistungsanspruch

Wir machen das Antragsverfahren für alle Beteiligten verständlich und transparent. Kurze Bearbeitungszeiten gewährleisten, dass Leistungsberechtigte die benötigte Hilfe rechtzeitig erhalten. Dafür wird ausreichend speziell geschultes Personal eingesetzt.

Um möglichst vielen Menschen die Nutzung eines „Persönlichen Budgets“ [INFOKASTEN FOLGT] zu ermöglichen, wird auch der Bedarf an Assistenz und Beratung bei der Verwaltung und Organisation dieses Budgets berücksichtigt. Die Finanzierung einer Budgetassistentin erweitert den Kreis der Menschen, die diese Form der Unterstützung zur Verwirklichung ihrer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nutzen können.

### Wohnen – Wie es Euch gefällt

Jeder Mensch hat ein Recht darauf, nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen zu wohnen. Um allen ein passendes Wohnangebot machen zu können, brauchen wir mehr barrierefreie Wohnungen in der Mitte der Gesellschaft und eine große Bandbreite an inklusiven Wohnprojekten, in denen Menschen mit unterschiedlichen Lebensbedingungen und Bedürfnissen zusammenleben können. Der Grundsatz ‚ambulant vor stationär‘ ist für uns selbstverständlich.

Wir fördern sozialen barrierefreien Wohnungsbau in den Städten, wie auch in ländlichen Gebieten und kleinen Gemeinden. Umfangreiche ambulante Unterstützungsangebote bis hin zu „rund um die Uhr“-Angeboten werden ausgebaut, in ländlichen Regionen ebenso wie in den Städten. Dafür unterstützen die Bezirke ambulante Dienste vor Ort, erleichtern ihnen flexible Angebote und ermöglichen Planungssicherheit mithilfe von Leistungsvereinbarungen. Menschen mit Hilfebedarf erhalten auf Wunsch zuverlässig und bedarfsgerecht persönliche Budgets zur Organisation ihres selbstbestimmten Lebens. Zur Unterstützung wird ihnen bei Bedarf kontinuierliche Budgetberatung oder Budgetassistentin [INFOKASTEN FOLGT] zur Seite gestellt.

Inklusive gemeinschaftliche Wohnprojekte aller Art werden umfangreich und flexibel gefördert und die benötigte individuelle Unterstützung auch hier zur Verfügung gestellt. Inklusives Wohnen hat grundsätzlich Priorität gegenüber stationären Wohnformen, wie großen, isolierten Heimen oder Wohngruppen, die nicht im Sozialraum integriert sind,

Auch in besonderen Wohnformen in größeren Einrichtungen der Behindertenhilfe wird die Individualisierung vorangetrieben. Ziel sind kleinere, gut in die Nachbarschaft integrierte Wohneinheiten, auch für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf. Kleine Betreuungs- und Wohneinheiten werden bevorzugt genehmigt. Es werden die notwendigen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, um den Menschen eine möglichst individuelle Lebensführung zu ermöglichen.

## Potentiale erkennen, Chancen nutzen — Arbeitsleben neu betrachtet

Die UN-Behindertenrechtskonvention verlangt den gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt für Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen. Deutschland steht seit Jahren in der Kritik für sein aussonderndes Bildungs- und Arbeitsmarktsystem und die geringe Anzahl an inklusiven Arbeitsplätzen. Eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben für alle Menschen ist die wichtigste Voraussetzung für eine vielfältige, inklusive Gesellschaft.

Wir Grüne schaffen einen inklusiven Arbeitsmarkt. Dafür fördern wir Arbeitgeber\*innen-Bündnisse in allen Regionen des Landes, die sich auf Inklusion ausrichten, egal ob Stadt oder ländlicher Raum. Landesweit regen wir inklusive Jobmessen an. Wir stärken das Budget für Arbeit [INFOKASTEN FOLGT] und ermöglichen mehr Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung auf einem inklusiven Arbeitsmarkt. Wir führen eine dauerhafte engmaschige Begleitung durch Jobcoaches ein, um nachhaltigen Erfolg und eine gute Arbeitsintegration zu gewährleisten.

Alle müssen eine Wahlmöglichkeit haben, ob sie unterstützt und begleitet auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten wollen oder in einem Beschäftigungsumfeld ohne Leistungsdruck ihre Talente weiterentwickeln möchten. Auch Menschen mit umfangreichem Unterstützungsbedarf tragen einen wichtigen Teil der Aufgaben dieses Landes. Häufig sind sie jedoch auf Arbeitsplätze angewiesen, die sich nicht am Leistungsprinzip orientieren, wie sie zum Beispiel in Werkstätten für Menschen mit Behinderung angeboten werden. Wir möchten diese Möglichkeiten erhalten und ausbauen, indem wir Werkstätten öffnen und inklusiver gestalten. Wir fordern mehr differenzierte und vielfältigere Berufs- und Betätigungsfelder, um Über- oder Unterforderung zu vermeiden, die Zufriedenheit zu steigern und so die Resilienz der Menschen zu erhöhen. Das Ziel, den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung, die in einer Werkstätte arbeiten, haben wir fest im Blick. Ein wichtiges Instrument auf diesem Weg ist der Begleiteter Übergang von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (BÜWA). Auch in den Werkstätten sollen Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf gleichberechtigt miteinander arbeiten können, jeder Mensch nach seinen individuellen Möglichkeiten. Darüber hinaus bauen wir die Förderung von Inklusionsbetrieben großflächig aus.

## Freizeit, Sport, politische Teilhabe – Barrieren: NEIN DANKE!

Nicht nur vom Brot allein kann der Mensch glücklich sein. Dazu bedarf es weitaus mehr, über soziale Kontakte, Kultur und Sport bis hin zur Teilhabe an politischen Angeboten und Entscheidungsprozessen.

Um allen Menschen eine gleichberechtigte soziale Teilhabe zu ermöglichen, sorgen wir für ein ausreichendes Budget zur Finanzierung von individuellem Unterstützungsbedarf bei Freizeitaktivitäten, sozialem oder kulturellem Engagement und sozialen Kontakten. Sport-, Freizeit- und Kulturvereine werden für ihre inklusive Arbeit aktiv geschult, gefördert und ausgezeichnet. Dafür beziehen wir auch Menschen mit Behinderung als Expert\*innen in eigener Sache mit ein und arbeiten mit Inklusionsbeiräten und anderen Selbstvertretungen eng zusammen.

Wir wollen, dass mehr Menschen mit Behinderungen in unseren Räten mitentscheiden. Je vielfältiger unsere kommunalen Parlamente aufgestellt werden, desto mehr werden die Entscheidungen, die dort getroffen werden, allen gerecht. Dafür sensibilisieren wir gezielt und bieten Schulungen an.

Unser Ziel ist flächendeckende Barrierefreiheit in Kultur, Sport und Freizeit. Wir stellen die finanziellen Mittel zur Verfügung und machen Barrierefreiheit zum Standard. Denn Sport- und Freizeitangebote ermöglichen es, aktiv zu sein, sich auszuprobieren, gemeinsam Spaß zu haben, Gemeinschaft und Zusammenhalt zu erleben. Teilhabemöglichkeiten für alle sind hier besonders wichtig. Wir fördern außerdem Firmen, die mit innovativen Ideen barrierefreie Angebote und Hilfsmittel entwickeln.

### Mobilität — Dabei sein ist alles

Mobilität spielt für die volle wirksame Teilhabe eine genauso große Rolle wie die erforderliche Assistenz und geeignete Hilfsmittel. Daher werden Mobilitätshilfen pauschal, bei erhöhtem Bedarf aber individuell und bedarfsgerecht finanziert. Mit uns GRÜNEN werden barrierefreie Mobilitätsangebote konsequent ausgebaut, besonders in ländlichen Regionen. Damit ein Stadion-, Theater- oder Clubbesuch für Menschen mit speziellen Bedarfen genauso zur Selbstverständlichkeit wird, wie die Teilnahme an politischen oder öffentlichen Veranstaltungen.

### Fit für die Zukunft — Lebenslanges Lernen und Jugendhilfe

Gute Bildung ist lebenslanges Lernen. Von der Frühförderung über Kindertagesstätten, Schule, Studium und Ausbildung bis hin zu Bildung in der Jugendarbeit und Erwachsenenbildung muss die Teilhabe aller Menschen gewährleistet sein.

Gemeinschaftliches, inklusives Lernen ist für uns GRÜNE ein Grundrecht und der Schlüssel zur gesellschaftlichen Inklusion. Vielfalt trägt zur Qualität einer guten Bildung für alle bei. Dafür bauen wir Barrieren ab, fördern den gleichberechtigten, wohnortnahen Zugang zu allen Bildungsangeboten und schaffen ein inklusives Schulsystem, in dem allgemeinbildende Pädagogik und Förderpädagogik Hand in Hand greifen. Inklusionsschulen, Außen-, Partner- und Tandemklassen, in denen Kinder mit und ohne Förderbedarf gemeinsam unterrichtet werden, schaffen gemeinsame Lernmöglichkeiten mit passgenauen pädagogischen Konzepten. Individuelle Unterstützung wird flexibel und bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt. Wir brauchen eine flächendeckende Versorgung mit Frühförderung in allen Regionen sowie den strukturellen und personellen Ausbau von Inklusionsplätzen in wohnortnahen Kitas. Damit ein selbstverständliches, gleichberechtigtes Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft von klein auf gelernt werden kann.

Wir fördern die Kooperation inklusiver Bildungsprogramme der Offenen Behindertenarbeit (OBA) mit öffentlichen Bildungsangeboten wie z.B. den Volkshochschulen. Außerdem stärken wir den Bezirksjugendring als wichtigen Multiplikator für Vielfalt und Teilhabe in der Jugend-Bildungsarbeit. Im Hinblick auf die anstehende Entwicklung und Umsetzung des neuen Kinder- und Jugend-Stärkungsgesetzes [INFOKASTEN FOLGT] sehen wir die Bezirke als wichtige Begleiter im Übergangsprozess an die zuständigen Jugendämter. Wir begrüßen den inklusiven Denkansatz und tragen Sorge für eine lückenlose Weiterführung der Hilfen.

#### *Projektideen:*

- *Ergänzend zu den Inklusionsbeauftragten werden wir Integrationsbeauftragte benennen, die die Zielgruppe der Menschen mit Migrationshintergrund in besonderer Weise ansprechen und Brückenbauer zwischen Verwaltung und den verschiedenen Interessenvertretungen und Einzelpersonen sein sollen.*

# Krisen gehören zum Leben — Seelische Gesundheit

## Seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen

Wir GRÜNE stärken den Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Im Rahmen der Psychiatrie-Enquete von 1975 [INFOKASTEN FOLGT] wurden deutliche Defizite im Bereich der psychiatrischen Versorgung aufgezeigt. Der Bericht einer Expertenkommission 1988 stellte daraus abgeleitet u.a. wesentliche Empfehlungen auf, die wir konsequent weiter umsetzen werden.

1. Wir bauen die gemeindenahе, ambulante psychiatrische Versorgung (**gemeindepsychiatrischer Verbund**) mit Beratung, Begleitung, Behandlung und tagesstrukturierenden Angeboten weiter aus.
2. Wir stärken den Auf- und Ausbau der **ambulanten psychiatrische Pflege und Behandlung** mit den Möglichkeiten der **stationsäquivalenten Behandlung** [INFOKASTEN FOLGT], **Hometreatment** [INFOKASTEN FOLGT] oder **Soziotherapie** [INFOKASTEN FOLGT] für Menschen, bei denen eine stationäre Behandlung aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist.
3. **Die Krisendienste** in den Bezirken sind mittlerweile gut aufgestellt - rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr. Nun müssen wir Kindern und Jugendlichen und ihren Angehörigen dieses Angebot ebenfalls öffnen. Wir sorgen dafür, dass die Sachkosten der Krisendienste auskömmlich finanziert werden.

**Stationäre und ambulante Behandlung** seelisch erkrankter Menschen jeden Alters gelingt nur mit ausreichend gut qualifiziertem **Personal** in allen Sektoren. Die Gewinnung und das Halten von Fachkräften hat für uns oberste Priorität, denn ausreichend gut qualifiziertes Personal ist die Basis jeder guten Diagnostik und Therapie.

Wir **stärken die Selbsthilfe** und beziehen insbesondere auch das **Erfahrungswissen** von psychisch kranken Menschen und Angehörigen mit ein. Dazu gehört die Beschäftigung von qualifizierten **Genesungsbegleiter\*innen Ex-In** [INFOKASTEN FOLGT] in allen Bereichen psychiatrischer Versorgung, der Ausbau der **unabhängigen psychiatrischen Beschwerdestellen (UpB)** und die ausreichende Finanzierung der **Landesverbände der Psychiatrieerfahrenen** und der **Angehörigen psychisch kranker Menschen**.

Die Beteiligung psychiatrieeffahrener Menschen ist für uns im Sinne von Empowerment, Partizipation und demokratischer Entwicklungen selbstverständlich. Dazu gehören auch alle **trialogischen** Formate (Profis, Angehörige, Psychiatrieerfahrenere) im unmittelbaren themenbezogenen Austausch oder in der Gemeinwesenarbeit (Schulprojekte, Trialog mit Polizei, Betreuungsbehörden etc.)

Die **Finanzierung** der Psychiatrischen Kliniken werden wir gemeinsam mit Bund und Land verbessern. Die Wichtigkeit auch der „sprechenden Medizin“ (INFO-Kasten folgt) — nicht nur der technischen — werden wir finanziell würdigen.

Das **Stadt-Land-Gefälle** in der Qualität und Erreichbarkeit psychiatrischer Versorgung stellt eine eklatante Ungleichheit dar. Dieses Gefälle bauen wir durch den weiteren Ausbau dezentraler Angebote ab.

Eine ausreichende Anzahl von gut qualifizierten Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiater\*innen ist ebenso wichtig wie die psychosomatische Grundversorgung und ein flächendeckendes psychotherapeutisches Netz. Hier besteht insbesondere im ländlichen Raum enormer Nachholbedarf. Gemeinsam mit Bund und Land werden wir an der Verbesserung der Situation arbeiten.

**Prävention** im Sozialraum und in der Arbeitswelt stellt für uns einen wichtigen Faktor für die seelische Gesundheit der Bürger\*innen jeden Alters dar. Dafür werden wir Arbeitgeber\*innen besser informieren, betriebliche Gesundheitsangebote ausbauen, Entlastungsangebote für Arbeitnehmer\*innen in Belastungs- und Krisensituationen schaffen und an den Schulen spezielle Sensibilisierungsangebote für Lehrkräfte ebenso wie für die Schüler\*innen machen.

Die Gesundheit von Familien und Senior\*innen stärken wir durch gemeindenahe Gesundheitsversorgung wie **Community health nursing und community health care** [INFOKASTEN FOLGT].

- 

### Geld richtig steuern – Sicherheit für unser Gesundheitssystem

Das derzeitige System der Finanzierung der stationären Behandlung PEPP (Pauschalierendes Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik) [INFOKASTEN FOLGT] hat viele Nachteile. Denn das leistungsorientierte Entgeltsystem auf Basis von Tagespauschalen wird den Besonderheiten psychischer Erkrankungen nicht gerecht. Deshalb befürchten wir einen massiven Personalabbau, vor allem in der Pflege. Ein unverhältnismäßig hoher Dokumentations- und Administrationsaufwand würde zudem zulasten der Patientenversorgung gehen. Wir setzen uns weiter auf allen Ebenen für eine bessere Finanzierung ein.

Während die psychosomatischen Einrichtungen wachsen, sind die psychiatrischen Kliniken flächendeckend überlastet und unterfinanziert. Dort werden vor allem akut kranke Menschen, Menschen in Krisen, hochkomplexe psychiatrische Krankheitsbilder und Menschen mit langwierigen Verläufen behandelt. Wir GRÜNE sorgen für eine bedarfsgerechte Finanzierung und Ausstattung der stationären Einrichtungen.

#### Unsere Ziele sind:

- Kliniken bekommen stärkere Steuerungsmöglichkeiten in den Versorgungssettings.
- Die Trennlinien zwischen stationär und ambulant werden flexibilisiert.
- Psychiatrische Institutsambulanzen werden ausgebaut.

Für **suchtkranke Menschen** werden wir das Beratungsnetz deutlich ausbauen. Soweit Bedarf besteht, soll mit Drogenkonsumräumen ein sicheres und niederschwelliges Angebot geschaffen werden. Die Grundsätze dabei sollen und müssen Freiwilligkeit, Respekt, Anonymität und der einfache und niederschwellige Zugang sein. Der weitere Ausbau von niederschwelligen Kontakt- und Beratungsangeboten ist für uns selbstverständlich.

## Weil Klatschen allein nicht reicht — Gute Pflege in den Bezirken

Die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern steigt und steigt; die Demenzerkrankungen nehmen immer weiter zu. Damit Pflege nicht allein auf körperliche Fürsorge reduziert wird, machen wir die Pflege in Bayern zukunftssicher. Wir sorgen für bessere Arbeitsbedingungen derjenigen, die als Fachkräfte unmittelbar in der Pflege tätig sind, das heißt für bessere Bezahlung, feste Dienstpläne und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie bessere Aus- und Weiterbildung. Eine Pflegekammer kann zur Interessenvertretung sinnvoll sein.

Um häuslich Pflegende zu entlasten, werden mehr Kurzzeitpflegeplätze sowie Tages- und Nachtpflegeplätze errichtet. Wir fordern alternative Wohnformen, bei denen sich alle Generationen durch ein gegenseitiges Miteinander im täglichen Leben begleiten und unterstützen können.

Wir brauchen ein flächendeckendes Netz von Pflegestützpunkten, in denen auch aufsuchende Angebote gemacht werden. Wir unterstützen demenzsensible Kommunen [INFOKASTEN FOLGT] und setzen uns dafür ein, dass es sich alle Bezirke sich zur Aufgabe machen, in der kommenden Amtsperiode demenzsensibel zu werden.

### *Projektideen*

*Wir erproben das „Buurtzorg-Modell“ [INFOKASTEN FOLGT]. Nach dem Motto „Menschlichkeit vor Bürokratie“ steht der Mensch mit Pflegebedarf wieder im Mittelpunkt der Arbeit. Wir wollen mit einer wohnortnahen, bedarfsgerechten Pflege die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit pflegebedürftiger Menschen wahren.*

## Bildung & Kultur

Kultur gehört für uns Grüne zur Daseinsvorsorge. Kultur ist kein Luxus sondern einer der Faktoren, der zur Lebensqualität an einem Standort beiträgt. Dabei gilt es, die Unterschiede zwischen Stadt und Land, abzubauen, auch was die kulturellen Infrastruktur vor Ort angeht.

Für uns Grüne ist dabei ein inklusiver und offener Kulturbegriff ganz zentral, gerade für die Arbeit der Bezirke, deren Kulturpolitik oft nur unter den Überschriften „Heimatspflege“ und „Brauchtum“ gesehen wird. Wir Grüne verstehen darunter ebenso Brauchtum von Jüdinnen\*Juden, Sinti\*zze und Rom\*nja, von Migrant\*innen und Geflüchteten, die erst in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind. Dementsprechend schieben wir das Thema Diversität — nicht nur bezogen auf die Herkunft — in der Kunst- und Kulturförderung weiter an.

### Kulturförderung

In den vergangenen Jahren ist die Kulturförderung der Bezirke aber auch bei den Formen und Erscheinungen von Kunst und Kultur viel diverser geworden. Auch dank des Einsatzes von uns Grünen gibt es inzwischen in allen sieben Bezirken hauptamtliche Beauftragte für Popkultur oder Populärmusik und eigene Förderrichtlinien für zeitgenössische Kulturformen. Wir Grüne werden die Förderung in diesen Bereichen in den kommenden Jahren weiter ausbauen und auch „innovative“ Kulturformen, etwa im digitalen Bereich, hier mehr mit einbeziehen. Kultur in den bayerischen Bezirken bedeutet neben Blasmusik genauso auch Punkrock, nicht nur klassische Buchveröffentlichungen, sondern auch Gaming.

Wir Grüne machen in den Bezirken besonders das Thema Nachhaltigkeit in der Kulturförderung zu einem Schwerpunkt. Mit zusätzlichen Förderprogrammen in dem Bereich fördern wir ökologische und ressourcenschonende Ansätze in Kunst und Kultur, ohne dadurch bisherige Fördertöpfe zu schmälern. Auch der sozialen Nachhaltigkeit geben wir in den Bezirken als sozialer Ebene in Bayern einen noch größeren Stellenwert. Dafür zahlen wir faire Gagen für Künstler\*innen und schreiben wir das Thema Inklusion auch in Kunst und Kultur groß.

### Denkmalpflege

Der Erhalt und Schutz von Denkmälern ist eine zentrale Aufgabenstellung der Bezirke. Wir fördern dabei solche Projekte besonders, die ein Denkmal mit gesellschaftlichem Mehrwert erhalten oder instandsetzen, beispielsweise um es später als Dorfzentrum, Wirtshaus, Club oder Tante-Emma-Laden der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Den Erhalt und den Ausbau soziokultureller Nutzungsformen schreiben wir in der Denkmalpflege groß und berücksichtigen ihn bei der Vergabe der Denkmalpreise der Bezirke besonders.

In Fällen, in denen denkmalgeschützte Orte schon eine soziokulturelle Relevanz entwickelt haben, beziehen wir solche neuen Entwicklungen auch beim Denkmalschutz mit ein, indem nicht nur die historische Erstnutzung eines Ortes für seine Denkmaleigenschaft von Bedeutung ist, sondern auch spätere, historisch gewachsene und für die Gemeinschaft wichtige Funktionen von Gebäuden als erhaltenswert angesehen werden.

### Erinnerungskultur

Als Nachfolgeeinrichtungen der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalten {INFOKASTEN folgt} tragen die psychiatrischen Kliniken und damit die Bezirke eine besondere Verantwortung, der Erinnerung an die Verbrechen der NS-„Euthanasie“ gerecht zu werden. Die Zeitzeugen aus der

Zeit des NS-Regimes und die Angehörigen der damaligen „Euthanasie“-Opfer werden immer weniger. Vor diesem Hintergrund steigt die Notwendigkeit, die Erinnerungsarbeit zu institutionalisieren und die Forschung zu intensivieren. Sowohl den noch lebenden Angehörigen und deren Nachkommen als auch den Forschenden wollen wir den Zugang zu Informationsquellen erleichtern, z. B. durch die digitale Aufbereitung der Zugangsbücher zu den Pflege- und Heilanstalten. Weiterhin ist es notwendig, Forschungslücken insbesondere bei der dezentralen „Euthanasie“ zu schließen und die weitere Aufarbeitung der NS-Verbrechen in den psychiatrischen Einrichtungen voranzutreiben. Wir unterstützen und fördern regionale Projekte, die vor Ort nach den Opfern recherchieren und die Rolle lokaler Kliniken und Mitverantwortlicher untersuchen und stärken dezentrale Gedenkorte.

## Kulturelle Bildung

Eine mündige, freie und demokratische Gesellschaft braucht Orte der Begegnung und des Diskurses. Damit die Vielfalt unserer Gesellschaft überall zum Tragen kommt, schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilhaben können. Kunst und Kultur bereichern das Leben jedes einzelnen von uns. Deshalb schaffen wir die Möglichkeiten, dass alle Bayer\*innen frühzeitig unsere vielfältigen und reichen Kunst- und Kulturorte kennen lernen können. Die Vermittlungsangebote unserer Bayerischen Kultureinrichtungen bauen wir deshalb aus; im Fokus steht dabei nicht das ‚Erklären‘ der Kultur, sondern die Auseinandersetzung mit Bedeutung und Herkunft der Werke. Auch in den gesundheitlichen Einrichtungen der Bezirke verankern wir Angebote der kulturellen und künstlerischen Bildung, wo fachlich sinnvoll und möglich. Kunst und Kultur selbst zu schaffen ist für die Persönlichkeitsentwicklung unserer Kinder und Jugendlichen wichtig. Wir stärken unsere Populärmusikbeauftragten und entwickeln Projekte, die explizit Mädchen und junge Frauen ermutigen, Musik zu machen. Auch unsere bayerischen Kulturvereine unterstützen wir in ihrer Jugendarbeit und dabei, Angebote für Menschen, die in fortgeschrittenem Alter (wieder) an der Kulturproduktion teilhaben wollen.

## Jugendarbeit und Jugendpolitik

Wir leben in einer Zeit vielfältiger und zumeist noch ungelöster Probleme, die vor allem die jungen Menschen herausfordern. Die Jugendarbeit als geschützter Raum, wo Kinder und Jugendliche selbstorganisiert, selbstbestimmt und selbstwirksam Beteiligungs- und Gestaltungsprozesse einüben können, ist der beste Ort, um Leben in all seinen Dimensionen zu lernen und die eigene Resilienz zu stärken. Jugendarbeit muss als eigenständiger Teil von Bildung wahrgenommen und gefördert werden.

Damit sie diesen Herausforderungen gewachsen ist, statten wir die Jugendarbeit angemessen aus. Für uns hat eine verlässliche Grundförderung Vorrang vor Projektförderungen. Die Fach- und Medienkompetenz für digitale Sozialräume bauen wir in der Jugendarbeit noch mehr aus.

Die Jugendarbeit in den Jugendverbänden, Jugendorganisationen und Jugendringen ist demokratisch organisiert. Partizipation ist ihr Leitprinzip. Kinder und Jugendliche müssen darüber hinaus auf allen politischen Ebenen verstärkt in Entscheidungsprozesse einbezogen werden im Sinne einer echten Beteiligung – denn es geht um ihre Zukunft.

- *Kulturförderung transparenter und niedrighschwelliger gestalten: Weg von der Projektförderung, hin zu dauerhafter Förderung. Bessere Verzahnung der Kulturförderinstrumente des Freistaats und der Bezirke. Flexiblere Handhabung der Eigenmittelanteile bei der Förderung.*
- *Neue Museumskonzepte: Freilicht- und Freilandmuseen sollen breitere Zielgruppen und neue Communities ansprechen. Noch mehr als bisher machen wir die Museen der Bezirke auch für die Öffentlichkeit zugänglich und nutzbar.*
- *Jugendringe und –verbände bei der SGB VIII-Reform {INFOKASTEN folgt} unterstützen: Jugendringe müssen als legitime Vertretung von Kindern und Jugendlichen bei der Umsetzung der SGB VIII-Reform einbezogen werden. Unter anderem bei den neu zu schaffenden, weisungsgebundenen Beratungen und den Ombudsstellen (Schiedsstellen). Dazu statten wir die Bezirksjugendringe mit ausreichend Mitteln aus.*

# Ökologie und Nachhaltigkeit

## Klimaschutz und Klimaschutzmanagement

Nach Art. 3 des bayerischen Klimaschutzgesetzes kommt dem Staat und den kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeinden, kreisfreie Städte, Landkreise, Bezirke) die Vorbildfunktion zu, bis 2030 eine klimaneutrale Verwaltung der Behörden und Einrichtungen zu erreichen. Der Bezirk Oberbayern hat im Jahr 2019 beschlossen, bis 2030 die Klimaneutralität anzustreben. Den Bezirken obliegt es, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um das Staatsziel der Klimaneutralität zu erreichen. Um die Maßnahmen zum Klimaschutz zu definieren und zu koordinieren, bauen wir das Klimaschutzmanagement kontinuierlich aus.

## Kliniken

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Energiebilanz der Kliniken, die in der Trägerschaft der Bezirke liegen. Der überwiegende Anteil aller bezirklichen Treibhausgasemissionen wird durch den Betrieb der Kliniken verursacht. Je nach Organisationsform dehnen wir ein bezirkliches Klimaschutzmanagement auf die Kliniken der Bezirke aus oder etablieren dieses in einer klinikinternen Struktur, welche Maßnahmenpläne zur schnellstmöglichen Erreichung der Klimaneutralität erstellen. Das Klimaschutzkonzept der Medizinischen Einrichtungen des Bezirks Oberpfalz (MedBo) kann hierfür als Beispiel dienen. Die Teilnahme an der Green-Hospital-Initiative **[INFOKASTEN FOLGT]** der Staatsregierung bietet eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen.

## Liegenschaften und Gebäude

Die Aufgaben der Bezirke werden in einer Vielzahl von bezirkseigenen Liegenschaften und Gebäuden ausgeführt. Um allen Aspekten des Umweltschutzes und des Klimaschutzes gerecht zu werden, optimieren wir sowohl Bestandsgebäude als auch Neubauten und die betrieblichen Abläufe hinsichtlich eines schonenden Einsatzes der Ressourcen. Bei der Planung von Gebäuden berücksichtigen wir eine Lebenszyklusbetrachtung **[INFOKASTEN FOLGT]** mit Ökobilanzierung genauso, wie eine Recyclingfähigkeit der Baumaterialien und den Einsatz von schadstofffreien Baustoffen.

## Energieeffizienz und Erneuerbare Energien

Sowohl aus Gründen des Klimaschutzes als auch zur Minimierung der geopolitischen Abhängigkeiten minimieren wir den Energieverbrauch unserer Einrichtungen und bringen sowohl bei Renovierungen und bei Neuanlagen zur Energiebereitstellung nur noch erneuerbare Energieträger zum Einsatz. Bestandsanlagen, die noch mit fossilen Energien betrieben werden, tauschen wir schnellstmöglich gegen regenerative Anlagen aus.

## Stromerzeugung

Auf Grundlage der Novellierung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes ist es künftig den Bezirken möglich, über den eigenen Bedarf hinaus Anlagen zur Stromerzeugung zu betreiben. Sowohl als Beitrag zur Klimaneutralität als auch zur Vermeidung einer Energiekrise werden wir geeignete Flächen – zum Beispiel auf Dächern, Parkplätzen und auf geeigneten landwirtschaftlichen Flächen (AgriPV) - für die Nutzung zur Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen erschließen und bei geeigneten Standorten Windkraftanlagen errichten.

## Förderung von Einrichtungen

Die Bezirke delegieren einen erheblichen Anteil der Aufgaben an zahlreiche Einrichtungsträger. Damit auch die Einrichtungen ökologische Standards verwirklichen und eine Klimaneutralität erreichen können, fördern wir den Klimaschutz in Einrichtungen nach rechtlichen Möglichkeiten entweder direkt oder decken den zu betreibende Aufwand über die Kostensätze.

## Mobilität

Um den Ressourcenverbrauch auch bei betrieblichen Fahrten zu minimieren, bauen wir die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs aus. Die Bezirke können Anreize für die Beschäftigten schaffen, ein Deutschlandticket für den öffentlichen Nahverkehr zu erwerben. Für Neuanschaffungen in Fuhrparks kommen künftig ausschließlich emissionsfreie Fahrzeuge zum Einsatz.

## Ökologische Landwirtschaft und landwirtschaftliche Bildung

Das Wesensmerkmal des ökologischen Landbaus ist die nachhaltige Bewirtschaftung der Flächen. Wo immer die Bezirke eine eigene Landwirtschaft betreiben, setzen wir uns für den Schutz der natürlichen Ressourcen wie gesunde Böden und Wasser durch den Verzicht auf chemisch-synthetische Mineraldünger und Pflanzenschutzmittel ein und verwirklichen Biodiversität und Artenschutz durch biologischen und vorbeugenden Pflanzenschutz.

Bei den landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen der Bezirke liegt die Verantwortung, in der Aus- und Weiterbildung eine gesunde und nachhaltige Bodenbewirtschaftung in den Vordergrund zu stellen und die Möglichkeiten der ökologischen Landwirtschaft aufzuzeigen und weiterzuentwickeln.

## Fischerei und Fischwirtschaft

Die Fischereifachberatungen der Bezirke leisten bei Fischzucht und Gewässerschutz eine wertvolle Arbeit, die wir weiter ausbauen.

Die Erweiterung von Artenschutz und Artenvielfalt ist uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb unterstützen wir zum Beispiel die naturverträgliche Umgestaltung von bestehende Wasserkraftanlagen.

Als Beitrag zum Klimaschutz fördern wir im Rahmen der Teichwirtschaft Modellanlagen zur Energiegewinnung mittels Photovoltaik-Floatinganlagen (schwimmende PV-Anlagen) und Überdachungen, die mit PV-Modulen bestückt werden.

Fachberatungen sollen bei Fragen des Gewässerschutzes nicht nur als „Träger öffentlicher Belange“ sondern auch als Sachverständige auftreten können.

## Europa und Internationales

### Partnerschaften – das Salz in der Suppe

Der lebendige Austausch mit unseren europäischen Nachbarn, die Pflege von Freundschaften über Landes- und Kontinentalgrenzen hinaus, bereichert unser Leben, sichert den Wissensaustausch, den interkulturellen Diskurs und damit das Verständnis füreinander.

Daher fordern wir für alle bayerischen Bezirke den Auf- und Ausbau europäischer und internationaler Partnerschaften und Patenschaften unter der Koordination unseres Zusammenschlusses – dem Bayerischen Bezirketag.

Wir zeigen z.B. in Oberbayern mit unserem Europäischem Künstlerhaus „Schafhof“, wie Kunst und Kultur, insbesondere mit Künstler\*innen aus Osteuropa, das gegenseitige Verständnis verbessern und Ausbildung sowie berufliche Möglichkeiten fördern.

Der Bezirk Schwaben hat seit vielen Jahren eine Partnerschaft mit der Bukowina und kann aufgrund der lange gepflegten und guten Kontakte zielgerichtet Hilfe in die Kriegsregion leisten. So konnten einerseits gezielt Hilfsmittel geliefert werden und andererseits auch ganze Einrichtungen mit Menschen, die in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung leben, nach Schwaben „evakuiert“ und dort gemeinsam untergebracht werden. Auf der politischen Ebene gibt es einen intensiven Austausch.

Wir möchten mit dem Ausbau und der Intensivierung von Partner- und Patenschaften insbesondere Jugendbegegnung, gemeinsame inklusive Sport- und Kulturveranstaltungen sowie den Austausch im ökologischen und sozialen Bereich mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) und den daraus sich ableitenden Verpflichtungen neuen Schwung geben.

Überall dort, wo der Dialog über kulturelle Grenzen hinweg gepflegt, Diskussions- und Begegnungsräume geschaffen werden, schaffen wir ein Bollwerk gegen Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung.

## Finanzen und Strukturen

### Ohne Moos nix los

Die Bayerischen Bezirke brauchen dringend eine Finanzreform, um ihre Aufgaben vor allem im sozialen und kulturellen Bereich angemessen erfüllen zu können.

Da die Bezirke keine eigenen Einnahmequellen besitzen, basiert die Finanzierung ihrer Aufgaben im Wesentlichen auf zwei Säulen: der Bezirksumlage, die alle Landkreise und kreisfreien Städte entsprechend dem Finanzbedarf der Bezirke und der Umlagekraft im jeweiligen Regierungsbezirk leisten müssen und der Zuweisung sog. FAG 15 (Finanzausgleich) [INFOKASTEN FOLGT] Mittel des Freistaates Bayern. Die FAG 15-Mittel sollten eigentlich die Ausgaben im Sozialbereich vollständig decken, da es sich größtenteils um gesetzliche Ansprüche handelt, deren Leistungen den Betroffenen zustehen und finanziert werden müssen. Tatsächlich sind alle Sozialhaushalte seit Jahrzehnten unterfinanziert; die Schere zwischen den FAG-Mitteln und den tatsächlichen Sozialausgaben klafft inzwischen erschreckend weit auseinander.

### 10% der FAG-Mittel für die Bezirke

Wir fordern eine grundlegende Aufstockung der FAG-Mittel und eine lineare jährliche Anhebung, die sich an den Steigerungen der Sozialausgaben orientiert.

### Strukturreform

Wir Grüne unterstützen eine grundlegende Strukturreform der Bezirke. Als 3. Kommunale Ebene gehören die Bezirke zur sogenannten „Kommunalen Familie“.

Wir Grüne fordern eine Gleichbehandlung aller kommunalen Ebenen und die Aufnahme der Bezirke in den quotalen Steuerverbund. [INFOKASTEN FOLGT]

### Mut zur Klage

Land und Bund verabschieden Gesetze, die die Bezirke umsetzen müssen. Wir beobachten zunehmend, dass eine ausreichende Finanzierung zur Umsetzung nicht geregelt ist und die Bezirke in Vorleistung gehen müssen und oft genug auch auf den Kosten sitzen bleiben.

Hier gilt das Prinzip der Konnexität: Die Instanz, die eine Aufgabe entscheidet, ist auch für die Finanzierung zuständig: Wer bestellt, bezahlt!

Wird gegen das Konnexitätsprinzip verstoßen, kann dagegen geklagt werden, um eine gerechte Finanzierung im Sinne der Bürger\*innen zu erreichen.

### Digitalisierung

Wir Grüne unterstützen die Weiterführung der Digitalisierung in den Sozialverwaltungen der Bezirke. Eine gut umgesetzte Digitalisierungsstrategie schließt niemanden aus, sondern kann umgekehrt dafür sorgen, dass der Kontakt zum Bezirk oder eine Antragstellung für viele Menschen einfacher möglich ist. Dass digitale Verwaltungsdienstleistungen nicht für alle Menschen gleich gut funktionieren, muss dabei mitgedacht werden und die Antragstellungsprozesse müssen dementsprechend organisiert werden.

In der Digitalisierung der verwaltungsinternen Prozesse sehen wir eine große Chance, das Prinzip der Fallbearbeitung aus einer Hand durchzusetzen und häufige Wechsel in der Sachbearbeitung zu vermeiden. Denn durch ein digitales Handling der Zuständigkeiten ist es auch einfacher, einzelne Datensätze einer Sachbearbeitung zuzuteilen. Dabei beziehen wir konstruktiv auch die Bedürfnisse der Sozialverwaltungen bei der Entwicklung und Weiterentwicklung der Programme ein. Eine gemeinsame Entwicklung halten wir weiterhin für sinnvoll, nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, sondern auch weil damit bei einem Umzug eine unkomplizierte Weitergabe der Datensätze gewährleistet wird.

In der digitalen wie analogen Kommunikation der Bezirke stärken wir das Thema „Leichte Sprache“. Vielen Menschen, die zur Zielgruppe der Arbeit der Bezirke gehören, kommt eine Aufbereitung von Informationen in Leichter Sprache [INFOKASTEN FOLGT] zugute. Wir stellen deswegen die Internetauftritte der Bezirke in einer übersetzten Version zur Verfügung – ebenso wie möglichst viele Informationsmaterialien, für den Anfang aber zumindest alle für eine Antragstellung relevanten Informationen.

Nicht zuletzt bringt die Digitalisierung auch für die Gremienarbeit der Bezirke einige Möglichkeiten mit sich. Durch eine hybride Sitzungsteilnahme ermöglichen wir Bezirksrät\*innen, die wegen Krankheit, wegen Betreuungsverpflichtungen oder wegen ihrer eigenen Behinderung nicht oder nur unter erheblichem Aufwand an einer bestimmten Sitzung teilnehmen können, eine einfachere Teilnahme. So machen wir das Ehrenamt in den Bezirken auch für viele Menschen attraktiver, die bisher strukturell davon ausgeschlossen wurden.

## Transparenz

Wir Grüne schaffen mehr Transparenz in der Arbeit der Bezirke, denn ihre Aufgaben sind wichtig genug. Dazu stellen wir transparente und auffindbare Informationen über die öffentlichen Sitzungen und die Punkte, die in den Sitzungen behandelt werden, bereit. Video- oder Audiolivestreams oder auch Mitschnitte können der interessierten Öffentlichkeit zeigen, welche wichtigen Themen behandelt werden und auch Barrieren für interessierte Menschen abbauen, denen eine Teilnahme in Präsenz nicht oder nur unter erheblichem Aufwand möglich ist.